(KR/WL)

Heute unter anderem zu diesen Themen:

1. Merkels Learjet und Ullas Dienstwagen
2. Falkensee: Warum ist das Dach des Supermarkts eingestürzt?
3. Ver.di beendet den Kita-Streik
4. Vom Ingenieur zum Tellerwäscher
5. 60.000 freie Stellen – Fachkräftemangel alarmiert Wirtschaft
6. Kreditvergabe schrumpft im Rekordtempo – Experten sehen Hauptgrund in rückläufigen Investitionen
7. Die Aktie leidet, die Rente boomt
8. IG Metall: Vielen Menschen droht Altersarmut
9. 1-Euro-Jobber zum kleben von CDU/FDP Wahlplakaten gezwungen
10. Die Deutschen kaufen, kaufen und kaufen…
11. Nochmals: DGB: Arbeitslosigkeit steigt unter Jungen und Älteren rasant – IAB: Besserung für Ältere am Arbeitsmarkt
12. Merck setzt Maßstäbe
13. Deutsche Bank: Sonnenkönig gegen Kontrolleur
14. Fed Dread
15. Sommerliche Fairness

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Merkels Learjet und Ullas Dienstwagen**
   Vor einigen Tagen war Angela Merkel mit dem Learjet der Flugbereitschaft privat auf Sylt, um ihr Buch vorzustellen. Artikel dazu sind nur noch mit Mühen recherchierbar. Angela Merkels Termin in Sylt war privater Natur. Der Termin sei ihr unbenommen. Aber entweder zahlt sie den Flug dann auch privat – oder sie muss sich, wie jeder andere Arbeit´nehmer´ auch, den privaten Termin eben anders legen.

   Man muss mit den Sozis kein übertriebenes Mitleid haben und kann das, was die gut geölte Neusprechmaschine derzeit absondert, dennoch widerwärtig finden.

Quelle: Blog Kunst und Kritik

Anmerkung WL: *Wer die Bestimmung über die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen nachliest, wird feststellen, dass Ulla Schmidt diese sicher eingehalten haben dürfte oder wenigstens nachträglich korrekt abrechnet. Es gibt sehr viele Politiker, die ihren Dienstwagen und ihren Fahrer auch privat nutzen, und die meisten tun das auch. So ließ die Straußtochter Monika Hohlmeier ihre Kinder mit dem Dienstwagen zur Schule fahren. Rita Süssmuths Mann hatte deren Dienstwagen anderthalb Jahre privat genutzt. Martin Bangemanns Fahrer stand sogar als Hausmeister zur Verfügung. (Quelle: FTD) Nur weil der Wagen geklaut wurde, wird daraus eine Affäre. Der Skandal sind eher die Richtlinien für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen und nicht das geklaute Auto.*

Allerdings muss man sich darüber hinaus die Frage stellen, ob jenseits des Erlaubten dieses Verhalten auch anständig ist. Aber dieses Anstandsgefühl ist weitgehend verloren gegangen. Wenn man den Betrieb in einem Ministerbüro kennt, wird man sich dort sogar noch gedacht haben, man tut dem Fahrer des Dienstwagens einen Gefallen, dass er sich unter angenehmen Bedingungen zwei Wochen in Alicante aufhalten darf.

Ein konkretes Beispiel für die Abgehobenheit des Politikbetriebs.

2. **Falkensee: Warum ist das Dach des Supermarkts eingestürzt?**
Beim Einsturz des Daches eines erst vor wenigen Jahren gebauten Supermarktes in Falkensee sind Kunden und Mitarbeiter nur knapp einer Katastrophe entkommen. Der Laden war bereits fast leer, als zwanzig Minuten nach Geschäftsschluss das 1000 Quadratmeter große Dach zusammensackte. Verletzt wurde niemand.

   Warum ist das Dach eingestürzt und welche Konsequenzen könnten auf den Bauträger zu kommen? Dazu im Studio: Dr. Ing. Hans-Peter Andrä, Präsident der Bundesvereinigung der Prüfingenieure für Bautechnik.
Quelle: Rundfunk Berlin-Brandenburg RBB

   Anmerkung KR: *Dieselben Politiker, die die Bauprüfungen aushebelten, schufen vor kurzem erst einen Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der die öffentlich-rechtlichen Medien zwingt, ihre Online-Angebote innerhalb von sieben Tagen wieder aus dem Netz zu nehmen. Daher an dieser Stelle ein Teil des Interviews in schriftlicher Form:*

RBB: Überall im Lande sind genau solche Supermärkte in den letzten Jahren entstanden. Herr Andrä, helfen Sie uns. Wie kann so ein Dach, das ist ja fast neu gebaut sozusagen, einfach einbrechen?

Andrä: Es gibt im Grunde drei Kritierien, die zusammenkommen: Schlecht geplant, schlecht gebaut und schlecht gewartet, und wenn diese Kriterien zusammenkommen, dann fällt's irgendwann um. Dann kann man ja immer die Frage stellen: Hat denn das keiner überprüft in diesen unterschiedlichen Stadien des Planens, Bauens und des Überwachens? Dazu ist eben zu sagen, dass der Prüfumfang in den letzten Jahren deutlich reduziert worden ist. Das ist der politische Wille, für die Prüfung wenig Geld auszugeben, und man meint damit dem freien Markt sozusagen sein Recht einzuräumen, aber das sehen wir ja bei den Banken oder jetzt kürzlich in Berlin bei der S-Bahn, was diese freien Kräfte eben bewirken
(…)
Wie gesagt: Die Bauminister der Länder, im Unterschied zum Bundesbauministerium, haben in ihren Landesbauordnungen – wir haben ja 16 unterschiedliche Landesbauordnungen – diesen Umfang des Prüfens in den letzten Jahren deutlich reduziert, haben auch die Bauordnungen oder die Bauordnungsämter entsprechend reduziert, auch personell reduziert – da ist niemand mehr da!
(…)
Es ist bekannt, dass diese Dachkonstruktionen weitestgehend ausgemergelt sind, dass auch die Verbindungsmittel dieser Fachwerkholzkonstruktionen minimiert sind – man sagt dann ja eher optimiert, aber man muss sagen, sie sind minimiert -, und dass da keine Sicherheitsreserven sind. Das kann nun nach Jahren geschehen, dadurch, dass so ein Dach ja atmet … dadurch, dass sich Verbindungselemente lösen können.

3. **Ver.di beendet den Kita-Streik**
   Durchbruch nach monatelangem Tarifstreit: Die rund 220.000 Erzieher in Deutschland bekommen laut Ver.di 120 Euro mehr im Monat – und einen verbesserten Gesundheitsschutz. Doch die Einigung wird die Kommunen voraussichtlich vor große finanzielle Probleme stellen.
   (…)
   Die Einigung wird die Kommunen voraussichtlich vor große finanzielle Probleme stellen. 500 bis 750 Millionen Euro Kosten pro Jahr durch einen Tarifabschluss seien realistisch, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und

Gemeindebunds (DStGB), Gerd Landsberg, am Montag im Deutschlandfunk. Angesichts einbrechender Steuereinnahmen werde es für die Kommunen "sehr schwer", dieses Geld aufzubringen.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung des NDS-Lesers J.A.: *500 bis 750 Milliarden Euro für die Banken dagegen waren in einer Woche beschlossen und scheinen kein weiteres Problem zu sein. Und wenn wir der FDP glauben, sind auch 35 Milliarden Euro für Steuersenkungen kein Problem.*

Siehe dazu auch:

220.000 Erzieherinnen am Ziel
Sie haben's geschafft. Nach acht Verhandlungsrunden und mehr als zwei Monaten Streiks in Kitas haben sich Gewerkschafter und kommunale Arbeitgeber auf einen Tarifkompromiss verständigt. Über das Ergebnis werden noch die Gewerkschaftsmitglieder abstimmen, doch eine Ablehnung ist sehr unwahrscheinlich. Nicht beseitigt worden sei ein Grundproblem: Typische Frauenberufe wie Erzieherin würden weiter schlechter entlohnt wie typische Männerberufe. Auch Christian Rothländer, einer der Verdi-Verhandler, spricht von einem "Einstieg in die Aufwertung" von Erziehungs- und Sozialberufen, weil höhere Grundentgelte vereinbart worden seien. Seit Inkrafttreten des komplett neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Jahr 2005 werden Erzieherinnen vielerorts vorläufig in die Entgeltgruppe sechs einsortiert. Sie erhalten je nach Erfahrung 1920 bis 2470 Euro brutto im Monat. Manche Alt-Beschäftigte, die noch nach dem früheren BAT entlohnt werden, bekommen mehr Geld. Ab November sollen Erzieherinnen "mit Normaltätigkeiten" 2040 bis 2860 Euro erhalten, berichtet der kommunale Arbeitgeberverband VKA. Bei "schwierigen Tätigkeiten" gibt es bis zu 3250 Euro. Damit erhielten Erzieherinnen im Schnitt rund 150 Euro mehr, sagen die Arbeitgeber. Gewerkschafter sprachen von einem Plus von bis zu zehn Prozent.
Quelle: FR

4. **Vom Ingenieur zum Tellerwäscher**
   Die größten Verlierer der Krise stehen schon fest: junge Berufseinsteiger. Die einen bekommen gar nicht erst einen Job – die anderen verlieren ihn als Erste. Und vielen droht direkt Hartz IV.
   Quelle: SPIEGEL

   Anmerkung J.A.: *Soviel zum Thema "Fachkräftemangel". Gerade Ingenieure sind ja*

unheimlich gesucht, wie wir aus der Wirtschaftspresse erfahren.

Vor genau einer (1!!) Woche hat der SPIEGEL noch folgenden Alarm geschlagen:

5. **60.000 freie Stellen – Fachkräftemangel alarmiert Wirtschaft**
Deutsche Unternehmen müssen nach Angaben ihrer Spitzenverbände auf wichtigen Basis- und Zukunftsfeldern mit einem immer größer werdenden Mangel an Fachkräften kämpfen. Im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) fehlten bereits mehr als 60.000 Fachkräfte, beklagen der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und
die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Gründe seien der strukturelle und vor allem der demografische Wandel.

   Dieses Problem werde noch zunehmen, warnten die Verbände. Sie stützen ihre Prognose auf Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. “Die Fachkräftelücke liegt derzeit bei rund 61.000”, erklärte Hans-Peter Klös vom IW. Spätestens nach dem Ende des konjunkturellen
Abschwungs werde sich diese Lücke noch weiter öffnen.
Quelle: SPIEGEL

   Anmerkung J.A.: *Vielleicht sollte beim SPIEGEL mal jemand die Artikel gegenlesen und wenigstens den allergrößten Unsinn ausfiltern… Irgendwann wird die Arbeitgeberpropaganda ein bisschen plump und für jeden erkennbar. Und welches “Nachrichten”-Magazin, das jahrelang Härte, Hartz IV, Sozialabbau und Flexibilität gefordert hat, jammert hier über zu viel Flexibilität und die Härte von Hartz IV?*

6. **Kreditvergabe schrumpft im Rekordtempo – Experten sehen Hauptgrund in rückläufigen Investitionen**
Die Kredite an Unternehmen in den 16 Euro-Ländern sind im Juni wegen der Rezession so stark zurückgegangen wie noch nie. Die Darlehen an Firmen außerhalb des Finanzsektors seien um 35 Mrd. Euro oder 0,7 Prozent im Vergleich zum Vormonat zurückgegangen, teilte die Europäische Zentralbank (EZB) am Montag mit. Das war der stärkste Rückgang seit Beginn der Statistik 2003. Experten führen das vor allem auf die Rezession, aber auch auf schärfere Kreditbedingungen zurück.

   “Rückgänge hat es zwar früher schon gegeben, doch diese Zahlen kommen aus einer anderen Welt”, sagte Deutsche-Bank-Analyst Gilles Moec. Er führt die negative Entwicklung ebenso wie Commerzbank-Experte Michael Schubert auf sinkende

Investitionen zurück. “Wegen der ungewissen Aussichten wollen viele Unternehmen weniger investieren und fragen deshalb auch weniger Kredite nach”, sagte Schubert. Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) erwartet 2009 in Deutschland einen Einbuch der Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge und andere Ausrüstungen um ein Fünftel. Die Investitionen in der größten Volkswirtschaft Europas würden auch 2010 nur stagnieren.
Quelle: FTD

7. **Die Aktie leidet, die Rente boomt**
   Das Deutsche Aktieninstitut mault, Lebensversicherer sind wieder obenauf. Private Rentenversicherungen gewinnen an Bedeutung.
   Quelle: FR

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Was treibt da nur die Frankfurter Rundschau? Schon die Grundinformation stimmt nicht. Die von der Postbank jährlich veröffentlichte Studie “Altersvorsorge in Deutschland” 2008 / 2009 beschreibt glatt das Gegenteil – und die Postbank ist nun wahrlich kein Gegner der privaten Rentenversicherung. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass immer mehr Deutsche ihre private Altersvorsorge derzeit deutlich einschränken. Da sagt sich natürlich der NDS-Leser: Kein Wunder angesichts der sich fortsetzenden Börsentalfahrt und des Zusammenbruchs großer Geldinstitute. Die FR verkommt in diesem Fall zu einem reinen Werbeträger der Versicherungswirtschaft.*

   Noch einmal, private Rentenversicherer versorgen sich am Kapitalmarkt. Bis zu 35 Prozent des investierten Geldes können in Aktien oder Aktienfonds angelegt werden. Auch wenn das meiste Geld in festverzinsliche Wertpapiere gesteckt wird, ist da noch genügend Unsicherheit vorhanden. So sind die Auswirkungen von sinkenden Zinsen überhaupt nicht zu kompensieren, weil die Versicherer ihr Geld zu immer schlechteren Konditionen anlegen müssen – oder sie riskieren eben mehr. Die letzte Absenkung der Gewinnbeteiligung ist nur allzu gut in Erinnerung. Die Allianz etwa hielt die zweihöchste Rentenauszahlung mit 432 Euro bis zum Jahr 2003 durch. Im Zuge des damaligen Börsencrashs und fallender Kapitalmarktzinsen musste der Marktführer, wie viele Anbieter auch, die zusätzlich zur garantierten Rente ausgeschüttete Überschussbeteiligung deutlich senken: Im Jahr 2007 überwies sie dem Musterkunden nur noch rund 365 Euro.

8. **IG Metall: Vielen Menschen droht Altersarmut**
   Zum anderen hat die Politik die Alterssicherung selbst stark beschädigt. Riestertreppe, Nachhaltigkeitsfaktor, Ausgleichsfaktor und die Rente mit 67 führen dazu, dass sogar

diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet und einigermaßen ordentlich verdient haben, keine akzeptable Alterssicherung mehr erhalten werden. Wer heute in Rente geht und 1000 Euro Rente erhält, würde unter sonst gleichen Bedingungen bei einem Renteneintritt im Jahr 2030 nach heutigen Werten nur noch etwas über 750 Euro bekommen. Das ist nicht akzeptabel.

Gelingt jetzt eine gerechte Finanzierung der Alterssicherung, dann entlastet das die Jüngeren. Heute sollen die Jungen nach den Regierungsvorstellungen bis zu 6 % ihres Bruttoeinkommens in zusätzliche Privatvorsorge stecken. Sie werden also mit ihrer Alterssicherung auf die Casinos der Finanzmärkte verwiesen. Das wollen wir ihnen soweit wie möglich ersparen, indem wir ihnen wieder eine Perspektive auf eine sichere gesetzliche Rente und zusätzliche betriebliche Altersversorgung geben.

Wir wollen zum ersten eine Erwerbstätigenversicherung, in die schrittweise alle Erwerbstätigen einbezogen werden. Wir wollen zum zweiten den Lebensstandard sichern und Armut vermeiden. Zum Dritten fordern wir eine verbindliche Betriebsrente, die allen Beschäftigten von den Arbeitgebern angeboten wird und an deren Finanzierung sich die Arbeitgeber angemessen beteiligen. Zum Vierten wollen wir einen flexiblen Ausstieg vor und bis 65 statt Rente mit 67. Nicht zuletzt streben wir eine verteilungspolitische Wende an. Denn wenn die Lohnquote weiter sinkt und ungeschützte Beschäftigung noch weiter um sich greift, werden wir keine nachhaltige und gerechte Finanzierung der Alterssicherung erreichen.

Und noch vor der Wahl brauchen wir eine auf 5 Jahre befristete Beschäftigungsbrücke. Das heißt: Rente mit 67 aussetzen, Rente mit 60 ohne Abschläge nach 40 Versicherungsjahren, Fortführung der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit und Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere auf 36 Monate.
Quelle: IG Metall

9. **1-Euro-Jobber zum kleben von CDU/FDP Wahlplakaten gezwungen**
In Bergisch-Gladbach setzt die stadteigene GL Service gGmbH (City-Service) 1-Euro-Jobber zum Dumpingpreis ein, um Wahlwerbung (kleben und aufhängen von Plakaten) für den gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten von CDU und FDP, Lutz Urbach zu machen.
Quelle: Die LINKE – Kreisverband Solingen
10. **Die Deutschen kaufen, kaufen und kaufen…**
Nach neuesten Umfragen des Marktforschungsinstituts GfK stehen jetzt wieder größere Anschaffungen auf den Einkaufszetteln.
„Damit ist der private Konsum derzeit die wesentliche Stütze der Konjunktur“, sagte

GfK-Experte Rolf Bürkl.
Quelle: Bild

Anmerkung WL: *Das vollständige Zitat der GfK lautet jedoch: „Damit bleibt der private Konsum derzeit wesentliche Stütze der Konjunktur. Allerdings ist das Niveau des Indikators nach wie vor vergleichsweise niedrig.“*

Die FTD kommentiert die Konsumklimastudie der GfK wie folgt:
Doch das ist nur die Ruhe vor dem Sturm. Sobald die Arbeitslosenzahl rascher zunimmt, wird auch die Konsumfreude spürbar abnehmen. Neben der Angst um den Job dürfte dann auch die Angst vor Beitrags- und Steuererhöhungen die Bürger stärker beeindrucken. Die drohenden Defizitsteigerungen in den Sozialversicherungen sind unübersehbar.
Merkel freilich wird bis zum Wahltag stillhalten und darüber kein einziges Wort verlieren. Der Kassensturz kommt erst nach der Wahl.

11. **Nochmals: DGB: Arbeitslosigkeit steigt unter Jungen und Älteren rasant – IAB: Besserung für Ältere am Arbeitsmarkt**
Am 23. Juli hatten wir darüber berichtet, wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), einer Abteilung der Bundesagentur für Arbeit eine Verbesserung der Beschäftigungslage Älterer dargestellt hat.

Dazu weist nun das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. (BIAJ) noch auf Folgendes hin:

Im IAB-Kurzbericht 16/2009 wird „nach Interpretationsmustern für die relativ günstige Entwicklung [der Arbeitsmarktsituation Älterer] in den letzten Jahren gesucht“. Und es werden Interpretationsmuster gefunden. Aber bei der Präsentation von Erwerbstätigen- und insbesondere von Beschäftigungsquoten der Altersgruppe der 60- bis unter 64-Jährigen bleibt die Freistellungsphase der Altersteilzeit im Blockmodell unerwähnt.

Für eine Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit, dem Produzenten der Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, ist dies zumindest bemerkenswert. Ein Hinweis, dass sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auch nach ihrem Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit im Blockmodell bis zu ihrem Eintritt in die Rente (also bis zu fünf Jahre) weiter als Beschäftigte – nach unserem Kenntnisstand i.d.R. als Vollzeitbeschäftigte – gezählt werden,
fehlt.

Auch die Bundesregierung hält es nicht für nötig, in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage zum
Thema „Rente ab 67 und die Arbeitsmarktlage Älterer“ darauf hinzuweisen.

Siehe dazu:

Statistiken zur Arbeitsmarktsituation Älterer: Der Schein trügt!
Quelle: BIAJ [PDF – 92 KB]

12. **Merck setzt Maßstäbe**
In seiner hessischen Heimatregion ist der Darmstädter Chemie- und Pharmakonzern MERCK KGaA sehr auf seinen Ruf als sozialer und sozialpartnerschaftlicher Arbeitgeber bedacht. Die Merck-Aktien befinden sich immer noch zu 75 Prozent im Familienbesitz. Mit Niederlassungen in 63 Ländern und weltweit über 35000 Beschäftigten ist der Konzern ein bedeutender Global Player der Branche. In eigenen Publikationen präsentiert sich Merck gern als Wohltäter für Mensch und Umwelt sowie Sponsor von Alphabetisierungs-, Gesundheits- und Entwicklungsprojekten. Doch in der seit 60 Jahren bestehenden Merck-Niederlassung im pakistanischen Quetta (Provinz Belutschistan), die Arzneimittel für den pakistanischen Binnenmarkt produziert, scheinen die Umstände nicht so idyllisch, wie sie der Konzern immer darstellt. Örtliche Gewerkschaften prangern Hungerlöhne und den Mißbrauch von Leiharbeit an, werfen der Geschäftsleitung willkürliche Kündigungen sowie eine Kumpanei mit örtlichen Behörden bei der Unterdrückung mißliebiger Gewerkschafter vor.
Quelle: Junge Welt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Und da reden wir immer von den Taliban, die inzwischen auch die Situation in Pakistan destabilisieren. Ich dachte, die neue Strategie für diese Region heißt tragfähige demokratische Institutionen – und nicht Hungerlöhne und Ausschaltung der Gewerkschaften*

13. **Deutsche Bank: Sonnenkönig gegen Kontrolleur**
Das Ränkespiel mit schön viel Intrige, das die Deutsche Bank gerade gibt, ist brandgefährlich. Wenn es nun um den Kopf seines Oberkontrolleurs Clemens Börsig geht, ist Gefahr im Verzug. Das sollte der Aufsichtsrat bedenken. Denn Börsig scheint Ackermann zu stark zu kontrollieren, was dem Sonnenkönig nicht passen kann. Der Vorteil eines Oberkontrolleurs Börsig liegt auf der Hand: Er kennt das Zahlenwerk, das er jahrelang verantwortete, aus dem Effeff. Kein anderer wird je diese Expertise in die Überwachung einbringen können. Ohne einen Banker und Bilanzfachmann an

prominenter Stelle im Aufsichtsrat, sind dem Schönrechnen der Zahlen und der Risikofreude der Investmentbanker keine Grenzen mehr gesetzt – zum Schaden der Aktionäre. Und noch viel schlimmer: der Steuerzahler. So unappetitlich sich Börsig verhalten haben mag und so schrecklich eitel der Mann auch ist, als Aufpasser für Ackermann ist er eigentlich unersetzlich.
Quelle: FR

14. **Fed Dread**
The New York Fed is the most powerful financial institution you've never heard of. Look who's running it. By Eliot Spitzer.
Quelle: Slate, a daily magazine on the Web
15. **Sommerliche Fairness**
Weder soll hier der kantige Sturkopf Seehofer glorifiziert, noch der sozialdemokratisch gebliebene Philanthrop Lafontaine geehrt sein. Es gäbe an beiden Charakteren genug zu kritisieren – und das dürfte der Journalismus hüben wie drüben gerne tun. Aber beidseitig, ohne Blick auf die politische Zugehörigkeit, ohne falschen Kniefall vor Ämtern. Aber Einseitigkeit fabrizieren, sich dann auch noch frech hinstellen und von sich geben, man würde an dieser Stelle jeden gleich behandeln, offenbart die journalistische, aber auch moralische Dürftigkeit dieser Gesellen, die so tun, als würden sie der deutschen Politik auf den Zahn fühlen, die aber letzlich nur Bäuche pinseln – jedenfalls bei denen, die respektable Bäuche haben.
Quelle: ad sinistram